

Übergang Schule – Beruf in Niedersachsen reformieren.

Das Vorbild Hamburg

Impressum

Herausgeber:

DGB Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt

Abteilung: Bildung/berufliche Bildung

Otto-Brenner-Str. 7

30159 Hannover

www.niedersachsen.dgb.de

www.niedersachsen-bremen-sachsenanhalt.dgb.de

verantwortlich: Lea Arnold, Lars Niggemeyer

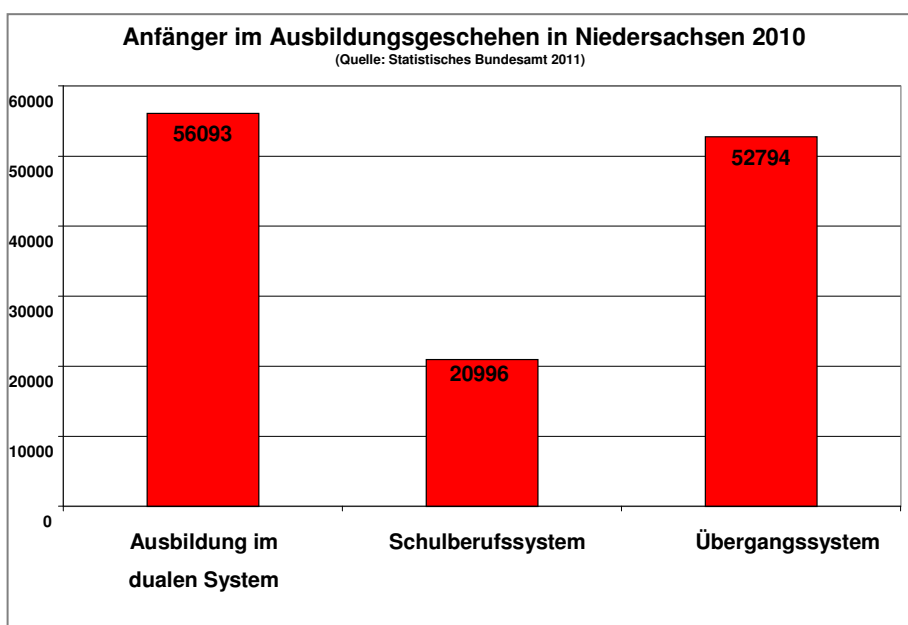
Stand: 01.02.2012

Übergang Schule – Beruf in Niedersachsen reformieren. Das Vorbild Hamburg

1. Die Ausgangslage

Der Übergang von Schule in Ausbildung gelingt vielen jungen Menschen in Niedersachsen nicht. Seit Jahren bieten die Unternehmen viel zu wenige Ausbildungsplätze im Verhältnis zur Gesamtzahl der Bewerberinnen und Bewerber an. Die Summe aller ausbildungsinteressierten und durch die Bundesagentur für Arbeit bzw. durch die Betriebe als ausbildungsreif eingestuften Jugendlichen, die institutionell erfasst wurden – sei es über die einstellenden Betriebe, über die zuständigen Stellen oder über die Agenturen für Arbeit, Jobcenter und den zugelassenen kommunalen Trägern (zKT) – lag in 2011 in Niedersachsen bei 95.999. Der Anteil unter ihnen, der in eine duale Berufsausbildung einmündete (so genannte „Einmündungsquote der Ausbildungsinteressierten“), betrug nur 63,4%. Rund vier von zehn jungen Menschen, die 2011 in Niedersachsen an einer Ausbildung interessiert waren, haben also keine Ausbildung aufgenommen.

Einem großen Teil der jungen Menschen wird somit der gelungene Start in das Berufsleben verwehrt. Stattdessen münden in Niedersachsen jährlich rund 50.000 junge Menschen in die Maßnahmen des sogenannten „Übergangssystems“ ein. Damit sind duales



System und Übergangssystem in Niedersachsen fast gleich groß. Denn die Zahl der AusbildungsanfängerInnen im dualen System lag 2010 bei rund 56.000. Beim Über-

Übergang Schule – Beruf in Niedersachsen reformieren. Das Vorbild Hamburg

gangssystem handelt es sich um außerschulische Maßnahmen und schulische Bildungsgänge, die zu keinem qualifizierten Berufsabschluss führen: Berufseinstiegsschulen, Berufsfachschulen ohne Abschluss, Maßnahmen der Bundesagentur, Förderprogramme des Landes. Für die Teilnehmenden sind es oft Warteschleifen mit fragwürdigen Perspektiven.

Die Vielzahl der Maßnahmen führt dazu, dass dieses „Übergangssystem“ zu einem überkomplexen und intransparenten Prozess geworden ist. Zudem sind die Trägerstrukturen für Angebote zur Berufsvorbereitung äußerst unübersichtlich. Schließlich sind auch die Finanzierungsströme verworren (Land, Kommunen, Arbeitslosenversicherung, Hartz IV-System etc.). Jährlich werden in Niedersachsen ca. 400 Millionen Euro im Übergangssystem ausgegeben. Auch nach dem Absolvieren von Maßnahmen dieses Systems gelingt es den TeilnehmerInnen vielfach nicht, den Übergang in die berufliche Ausbildung zu finden. Brüche in der Bildungslaufbahn sind die Folge.

In Niedersachsen waren 18,7% aller jungen Erwachsenen zwischen 20 und 29 Jahren im Jahr 2010 ohne abgeschlossene Ausbildung und damit besonders stark von Arbeitslosigkeit bedroht – eine Zahl, die im Vergleich zu den Vorjahren zugenommen hat. Obwohl Bund und Länder 2008 auf dem Bildungsgipfel vereinbart haben, die entsprechende Quote bis 2015 bundesweit auf 8,5% zu halbieren. Diese Entwicklung zeigt: Die Ausbildungspolitik der letzten Jahre ist gescheitert. Das Übergangssystem hat sich in seiner jetzigen Form nicht bewährt. Obwohl bundesweit jährlich rund sechs Milliarden Euro hierfür ausgegeben werden, verringert sich die Zahl der jungen Erwachsenen ohne Ausbildung nicht. Denn es fehlt an verlässlichen Strukturen für einen erfolgreichen Übergang von der allgemein bildenden Schule in Ausbildung. Es existiert kein landesweites, kohärentes Übergangsmanagement, so dass die Jugendlichen häufig auch keine hinreichenden Kenntnisse über die Anforderungen und Möglichkeiten des Ausbildungssystems haben. Vor allem aber muss die Landespolitik dafür sorgen, dass allen Jugendlichen ein Übergang in eine vollqualifizierende Ausbildung eröffnet wird. Jugendliche, die nur aufgrund mangelnder Ausbildungsangebote keinen betrieblichen Ausbildungsplatz finden, benötigen keine berufsvorbereitenden Maßnahmen. Sie sollten spätestens sechs Monate nach Beginn des Ausbildungsjahres einen Rechtsanspruch auf eine außerbetriebliche Ausbildung erhalten. Hier ist die Reform des Übergangs Schule – Beruf in Hamburg wegweisend.

Übergang Schule – Beruf in Niedersachsen reformieren. Das Vorbild Hamburg

2. Die Reform des Übergangs Schule – Beruf in Hamburg

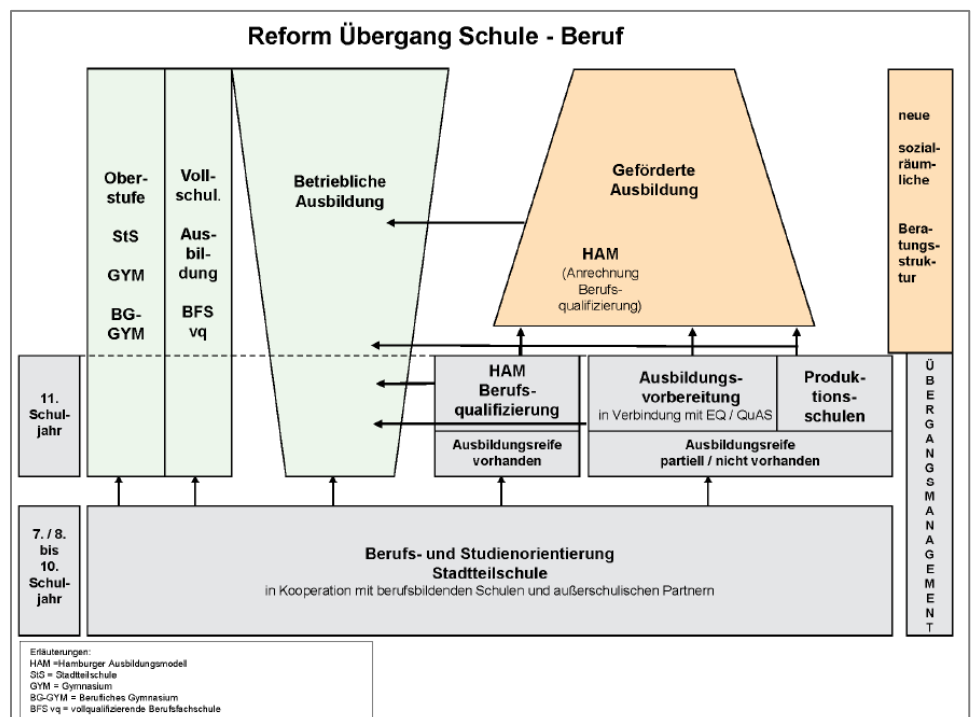
Auch der Stadtstaat Hamburg war mit den aufgezeigten Problemen konfrontiert und reformierte im Jahr 2009 das „Übergangssystem“ mit der Einführung des sog. „Hamburger Modells“. Der entsprechende Beschluss der Hamburger Bürgerschaft erfolgte einstimmig über alle Parteigrenzen hinweg. Vorgegangen war ein Konsens mit Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, Kammern und der Agentur für Arbeit. Nach der erfolgreichen Pilotphase der Reform in Hamburg stellt sich für das Nachbarland Niedersachsen die Frage, ob auch hier ein solches Modell mit dem Fokus auf die individuelle Begleitung und Förderung der Schülerinnen und Schüler das niedersächsische „Übergangssystem“ ersetzen könnte.

Oberstes Ziel in Hamburg ist der Übergang in eine betriebliche Ausbildung: Möglichst viele Jugendliche sollen auf direktem Weg in die duale Ausbildung integriert werden. Wem dies nicht gelingt, der erhält einen garantierten Übergang in Ausbildung durch das „Hamburger Ausbildungsmodell“. Insgesamt setzt man in Hamburg auf drei zentrale Elemente bei der Reform des Übergangssystems:

- Eine **nachhaltige Berufs- und Studienorientierung** durch eine frühzeitige und systematische Berufsberatung, in der Akteure aus der Berufsberatung der Arbeitsagentur, der Sozialarbeit und den berufsbildenden Schulen mit den allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe I vernetzt werden. Wesentlicher Bestandteil dabei ist das Lernen an schulischen und außerschulischen Lernorten, individuelle Beratung und Begleitung der SchülerInnen durch Mentoring und Coaching inklusive Erstellung eines Berufswegeplans sowie eine konsequente Anschlussorientierung.
- Eine Konzentration der **Ausbildungsvorbereitung** auf Jugendliche, die noch keine hinreichende „Ausbildungsreife“ haben. Diese erhalten eine am individuellen Bedarf orientierte Ausbildungsvorbereitung in berufsbildenden Schulen in Kooperation mit Betrieben und Trägern. Ziel ist immer der Übergang in eine duale Ausbildung. Wenn dies nicht gelingt, so steht den Jugendlichen im Anschluss die geförderte Ausbildung im „Hamburger Ausbildungsmodell“ offen.
- Das **„Hamburger Ausbildungsmodell“** (HAM) ist innerhalb des neuen Übergangssystems ein Ausbildungsangebot für schulpflichtige Jugendliche, die nach dem Besuch der Stadtteilschule trotz mehrfacher Bewerbungsversuche keinen betriebl-

Übergang Schule – Beruf in Niedersachsen reformieren. Das Vorbild Hamburg

chen Ausbildungsplatz gefunden haben. In einem Berufsqualifizierungsjahr (BQJ) absolvieren sie ein erstes Ausbildungsjahr Kooperation mit Betrieben und freien Trägern. Abgeschlossen wird zwar ein Bildungsvertrag ohne Ausbildungsvergütung, jedoch ist anderweitige Förderung (z.B. Schüler-Bafög) je nach individuellen Voraussetzungen möglich. Nach dem ersten Ausbildungsjahr wird dann der erreichte Ausbildungsstand dokumentiert. Entweder folgt eine duale Ausbildung oder eine Fortsetzung mit garantierter Anrechnung im Rahmen öffentlich geförderter Ausbildung bei Trägern, die dann das zweite und dritte Ausbildungsjahr übernehmen und mit den Jugendlichen einen regulä-



ren Ausbildungsvertrag (inkl. programmspezifischer Vergütung) abschließen. Diese Maßnahmen führen zur regulären Kammerprüfung. Auch in dieser Ausbildungsphase wird jederzeit der flexible und zeitnahe Übergang in eine betriebliche Ausbildung angestrebt. Die typischen Warteschleifen in Form von Schulangeboten, die ausschließlich dem Erreichen eines allgemeinbildenden Abschlusses dienen, sind im Übergangssystem der berufsbildenden Schulen nicht mehr vorhanden.

Quelle: Hartmut Schulze, HIBB.

Übergang Schule – Beruf in Niedersachsen reformieren. Das Vorbild Hamburg

3. Ausblick

Hamburg zeigt, dass eine grundlegende Reform des bestehenden Übergangssystems möglich ist. Im Mittelpunkt steht das Ziel, allen jungen Menschen aussichtsreiche Bildungsperspektiven zu eröffnen: An die Stelle von Warteschleifen tritt eine abschlussbezogene Qualifizierung für die am Arbeitsmarkt benachteiligten Jugendlichen. Im Hinblick auf die mancherorts angeführten Bedenken, ein Übergangssystem, welches sich am „Hamburger Modell“ orientiert, sei in einem Flächenbundesland wie Niedersachsen nicht umsetzbar, sei an dieser Stelle auf die Reform des Übergangssystems in Nordrhein-Westfalen verwiesen. Dort wurde im Februar 2011 der Ausbildungskonsens zur Einführung eines transparenten „Neuen Übergangssystems Schule-Beruf in NRW“ beschlossen. Ziel ist es auch dort, die Angebote im Übergang zu systematisieren, zu reduzieren und die Zugangssteuerung in die Angebote zu optimieren.

